



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Kampf gegen illegale Schusswaffen verstärken

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Kriminalitätsbekämpfung im Bereich des illegalen Schusswaffenhandels und -Schusswaffenbesitzes zu intensivieren.

Dabei sind folgende Punkte zu berücksichtigen:

1. Die illegale Beschaffung von Waffen verlagert sich zunehmend in das sogenannte Darknet. Zur effektiveren Bekämpfung von Waffenhandel im Darknet ist in erster Linie das dafür eingesetzte Personal zu verstärken.
2. Viele illegale Waffen stammen aus den Ländern Mittel- und Osteuropas. Schätzungen zu Folge gibt es in den Westbalkan-Ländern zwischen 1,5 und 3,9 Mio. nicht registrierte Waffen. Diese werden zum Teil im Darknet gehandelt oder über die Grenzen geschmuggelt. Der diesbezüglich eingerichtete „Aktionsplan über den unerlaubten Handel mit Feuerwaffen zwischen der EU und dem südost-europäischen Raum“ ist zu intensivieren.
3. Die von Europol gegründete Arbeitsgruppe „Firearms“ ist auf die Unterstützung und Zusammenarbeit der EU-Mitgliedsländer (Bundeskriminalamt

und Bayerisches Landeskriminalamt) angewiesen. Diese zu intensivieren ist ein wichtiger Schritt zur Bekämpfung des organisierten illegalen Waffenhandels in Europa.

4. Die EU-Feuerwaffenrichtlinie und deren Überarbeitung in Bezug auf den Handel mit Umgebauten Schreckschusswaffen oder Deko- bzw. Anscheinswaffen sowie den Internethandel ist ein wichtiger Schritt. Die Einführung europaweiter Mindeststandards für die sichere Lagerung von Waffen und Munition und das System der Registrierung von Waffen gehört ebenfalls dazu und muss europaweit vereinheitlicht werden.
5. Die Waffenbehörden haben sicherzustellen, dass Erlaubnisse nach dem Waffenrecht nur an zuverlässige Bürgerinnen und Bürger erteilt werden.

Begründung:

Aufgrund der unbestreitbaren Gefährlichkeit von Feuerwaffen soll erreicht werden, dass ausschließlich verantwortungsbewusste Bürgerinnen und Bürger Zugang zu ordnungsgemäß registrierten Feuerwaffen erhalten. Die Gefahr geht in erster Linie von illegalen Waffen aus, die vermehrt über das Internet (Darknet) bezogen werden.

Gleichzeitig soll darauf geachtet werden, dass die Regelungen für Schützen- und Sportvereine sowie für die Jägerinnen und Jäger nicht deren verantwortungsvollen Umgang mit Waffen einschränkt (Selbstverantwortung der Vereine). In diesem Rahmen muss sichergestellt werden, dass der Umgang mit Waffen in Vereinen ausnahmslos den gesetzlichen Regelungen entspricht.